



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Linksrheiner: Zur rheinischen Frage

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Zur rheinischen Frage

Von Linksrheinern



leine Ereignisse, Schulfragen oder Streits, Übergriffe der schwarzen und weißen Franzosen oder ein besonderes Entgegenkommen französischer Theater und Orchester lenken wohl ab und zu die Aufmerksamkeit im Reich und im Rheinland selbst auf die großen weltgeschichtlichen Ereignisse, in deren Bann wir allesamt seit bald zwei Jahren schon im Rheintal stehen. Wie überall, so bedarf eben auch hier der Mensch eines Anstoßes von außen, um sich selbst zur Rechenschaft darüber zu zwingen, wo wir weltpolitisch auch in der rheinischen Frage stehen: Vor allem, wohin der Weg führt, den wir unter dem Druck des Weltfriedens zur Zeit beschreiten. Als weltpolitischer Richtpunkt lenkt zugleich die Tagung von Spa den Blick zurück auf die Tage, als im November 1918 Deutschland zusammenbrach, als Frankreich Straßburg und Metz wieder in Besitz nahm und zugleich freien Durchgang durch die belgische Barriere erhielt. In doppelseitigem Angriff von Norden und Süden her dringen seitdem aufs neue die fremden Scharen in Deutschland ein. Zwei Jahre hindurch tobt in der Stille der Kampf um das rheinische Vorwerk, das wie ein Felsvorsprung aufs linke Ufer des deutschen Stromes hinüberraagt. Fremde Besatzung erleichtert dabei dem Feinde den Zugang zu Herz und Verstand der Einwohner in bisher unerhörter Weise. Planmäßig und gewandt treiben große französische Propagandagesellschaften, die das Erbe und zugleich die Führer der Ligue d'Alsace und der Patriotenliga, des Souvenir français und der Alliance française übernommen haben, die Keile in das zerrissene Rheinland hinein.

In logischer, furchtbarer Folge haben dann die letzten Julitage die große Kette der Ereignisse vollendet, die im Friedensvertrag und im Rheinlandsabkommen bereits vorgezeichnet waren. Das Kohlenabkommen, das mit unerträglicher Schwere auf unserem Industriegebiet und damit auf dem Herzen Deutschlands lastet, verlängert sozusagen die Vormarschstraße und Angriffsfront, die bisher im Norden des Rheinlandes selbst endete. Weit hinübergreifend über das von Briten und Belgiern besetzte Gebiet legt Frankreich seine Hand bereits auf das linke Rheinufer und droht mit Zwangsverwaltung des wichtigsten Besitzes, den Deutschland als Industriestaat aufzuweisen hat. Auf der anderen Seite greift gleichzeitig über Straßburg hinweg die Ernennung der französischen Gesandten in München und Wien tief hinüber ins Herz Süddeutschlands. Alte, scheinbar längst verklungene Erinnerungen aus den Zeiten, des ersten Rheinbundes von 1658 und aus der Zeit, da Napoleon I. mit Bayerns Hilfe den zweiten größeren Rheinbund schuf, tauchen auf, wenn wir hören, wie fast selbstverständlich Frankreichs Gesandter sein Beglaubigungsschreiben in München überreichen durfte. Daß just zur selben Zeit die Gesandten der Alliierten auch in Wien einrücken und dort voll Freuden empfangen werden, erscheint in diesem größeren Zusammenhange nicht mehr als Zufall. Von Norden und von Süden dehnen sich die großen Zangen der Wirtschaftskunst und der Diplomatie, die Deutschland in doppelseitigem Druck umklammern und zu zerbrechen drohen. Im Besitz des Ruhrgebiets, so müssen wir befürchten, wird Frankreich die scheinbar so unbedeutende Stellung des französischen Gesandten in München zu unerhörter Bedeutung heben. Im Besitze der Kohlenstätte Deutschlands hat es zugleich die

Entscheidung über die Industrie Süddeutschlands und damit über das Wirtschaftsleben aller deutschen Bundesstaaten in der Hand. Skrupellos wird es seine Macht ausnutzen, um die dazwischen liegenden Gebiete endgültig vom deutschen Wirtschaftskörper und weiter auch vom deutschen Staatswesen abzutrennen. Der wichtigste Schritt zur Balkanisierung Deutschlands, zur Zertrümmerung des Deutschen Reichs in kleine, leicht zu regierende, leicht gegeneinander auszuspielende Einzellkörper ist erreicht, wenn das Kohlenabkommen von Spa in der Tat nicht erfüllt werden kann.

Über diese Erfüllung selbst bestehen heute im Ruhrkohlengebiet selbst Zweifel und Sorge. Die Regierung und mit ihr die Führer der Gewerkschaften und der Großindustrie hoffen, die geforderten zwei Millionen Tonnen monatlich fördern und an Frankreich abliefern zu können, ohne die deutsche Industrie selbst wesentlich stärker lahm zu legen, als dies bisher schon geschehen ist. Die Umstellung auf Braunkohle, die in Mitteldeutschland zur Zeit vor sich geht, macht sich dort in der Tat bereits deutlich bemerkbar, während man von neuen Entdeckungen und Förderungen auf dem Gebiete der Kohlenveredelung — Erfindungen, die heute noch geheim und im Stadium der Entwicklung sind — eine wesentliche Erleichterung unserer Lage erwartet. Auf der anderen Seite aber, auch das darf nicht vergessen werden, mehren sich die Zeichen, daß aus politischen Gründen in der Arbeiterschaft selbst sich Widerstände gegen die restlose Erfüllung des Kohlenabkommens erheben. Den offiziellen Gewerkschaften gegenüber arbeitet die Freie Arbeiter-Union sehr stark mit der Anreizung zum Generalstreik und zur Sabotage, um dies häßliche französische Wort auch für diese häßliche Forderung einzusetzen. Die Hauptschreier erhalten wertvolle Unterstützung bis weit in die Kreise der Unabhängigen Sozialdemokratie hinein, und es scheint nicht nur möglich, sondern leider auch wahrscheinlich, daß es in absehbarer Zeit zu neuen Unruhen im Ruhrgebiet selbst kommen wird. Erfolgreiche Vorstöße der Kommunisten im Regierungsbezirk Düsseldorf sind Zeichen hochgesteigerter Spannung, die unmittelbar ins besetzte Gebiet hinüberreicht.

In diesem schweren Zwiespalt, in dem das Ruhrgebiet als Ausläufer des Rheinlandes selbst zwischen der Charybdis sozialer Kämpfe und der Scylla französischer Auspowerung mitten inne steht, kommt es vor allem darauf an, ob es gelingt, die starken positiven Kräfte, die trotz alledem im deutschen Staatskörper leben, so kräftig und nachhaltig im Ruhrgebiet und damit auch im Rheinland selbst zu gestalten, daß sie wirklich imstande sind, das entlegene Land vor völliger Vernichtung zu bewahren. Mit solchen Aussichten aber sieht es zur Zeit recht trübe aus. Die separatistische Bewegung alter Art — auch das muß an dieser Stelle hervorgehoben werden — ist zur Zeit verebbt und arbeitet nur mit geringem Erfolg unter der Oberfläche weiter. Auf der anderen Seite aber erscheint es außerordentlich bedeutsam, und gefährlich, daß alle bisher in dieser Richtung tätigen Kräfte sich seit Wochen und Monaten langsam zur Überlieferung des deutschen Föderalismus „bekehrt“ haben. Charakteristisch dafür ist die Stellung, die der bekannte Staatsanwalt a. D. Dr. Dorten heute einnimmt. Die Christliche Volkspartei, die kurz vor der Reichstagswahl aus Zentrumskreisen erstand, um ihre Abneigung gegen den Reichsterrorismus Erzbergers offen zum Ausdruck zu bringen, ist zum größten Teil in das Lager der sogenannten Aktivisten übergegangen. Eine solche Feststellung erscheint um so nötiger, als eine weitverbreitete Meinung in Nord- und Mitteldeutschland diese Neugründung als einen Bundesgenossen gegen die Allmacht

des Zentrums begrüßt und unterstützt hat. Jede Hilfe auch nur moralischer Art, die heute der „Rheinische Herold“, die ausgesprochene Tageszeitung des um Dorten gescharten Kreises erfährt, stützt zugleich die Führer derselben Bewegung, die vor wenig mehr als Jahresfrist offen mit französischen Generälen über die Auszuführung der rheinischen Republik verhandelten.

Wohl ist das Sonderbündlertum am Rhein selbst nicht mehr die Macht, die es damals darstellte. Gerade in der Frage der Lostrennungsbestrebungen ist die Christliche Volkspartei in sich gespalten. Mitte Juli erklärte die Kölner Ortsgruppe entschieden, daß sie mit der Rheinischen Volksvereinigung, der Kampftruppe Dortens, nichts zu tun habe. „Unabhängig und unbeeinflusst vom Auslande wolle der Deutsche die Fragen der Beibehaltung oder Neugründung der Länder in gesetzmäßiger Freiheit ordnen. Sollte in Zukunft ein Staat die deutsche Not zur Aufrichtung von neuen deutschen Einzelländern — seien es Rand- oder Pufferstaaten — benutzen wollen, so werden wir uns diesem Unterfangen mit allen Mitteln des Rechtes widersetzen.“ Dem „Rheinischen Herold“, dem bisherigen Organ gerade der Christlichen Volkspartei in Köln, wurde zugleich der Charakter als Parteiblatt aberkannt, als die Hintermänner der Wiesbadener Aktivisten ihre unerschöpflichen Mittel auch zum Ankauf dieser Zeitung verwandten. Auf der anderen Seite aber haben sich ebenfalls vor wenigen Wochen Vertreter der Christlichen Volkspartei in Aachen, Trier, Koblenz und Wiesbaden, die angeblich acht Zehntel der Gesamtwählererschaft vertreten, um so enger um Dorten geschart und ein eigenes Generalsekretariat in Koblenz errichtet. Der Riß, der ursprünglich das rheinische Zentrum spaltete und diesem bei den letzten Reichstagswahlen nicht weniger als viermalhunderttausend Stimmen entzog, geht also auch durch diese Neubildung, ohne jedoch hier wie dort das enge Zusammengehörigkeitsgefühl aller Teile zu trüben. Hier wie dort läßt sich die Scheidelinie zwischen unitarischem Zentrum, föderalistischer Volkspartei und Aktivisten nie und nirgends scharf ziehen. Verbindend tritt immer wieder die Abneigung gegen ein längst entschlafenes „Preußentum“ hervor, die die Christliche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei, die Welfen, die Hessische Rechtspartei und eine ganze Anzahl kleinerer Gruppen im Deutschen Reich in gemeinsamem Haß zusammenhält.

Diese Entwicklung muß heute scharf ins Auge gefaßt werden, denn es ist nicht anders: Jeder Fortschritt des deutschen Föderalismus in der Reichsverfassung und im Staatsleben, der im Innern des Reiches unverfänglich, vielleicht sogar nützlich erscheint, kommt in der Tat in der Westmark des Reiches vor allem doch den rheinischen Absonderungsbestrebungen zugute und stärkt dadurch in ganz besonderem Maße die Rheingelüste Frankreichs. Nicht mehr als Separatisten, sondern schlechthin als ehrliche deutsche Föderalisten öffnet der Kreis, der sich seiner Zeit unter dem Namen Dorten zusammensand und durch diesen auch nach außen am besten gekennzeichnet wird, den Feinden die Pforten zum Einmarsch ins Reich. Der Kampf um die preußische Verfassung, dessen entscheidende Phasen in den nächsten Wochen schon zu erwarten sind, greift tief hinein auch in dies Außengebilde des deutschen Staats. Sein Ausgang wird ganz wesentlich hemmend oder fördernd die Auswirkung der großen Ziele unterstützen, die Frankreich durch die doppelseitige Umklammerung im Süden und Westen sich selbst und seinem Ehrgeiz gesteckt hat.